

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 20. Bundeskongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen
Rostock, 22.-24. April 2016

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages

Mit Befremden nehmen wir die Empfehlung der Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des BStU zur Kenntnis, die Ihnen eine „zeitnahe“ Entscheidung über die Auflösung der Behörde und die Überführung der MfS-Akten ins Bundesarchiv empfiehlt.

Warum diese Eile?

Die jetzt empfohlene Schließung der Behörde wird in der breiten Öffentlichkeit als Signal für einen Schlusstrich empfunden – übrigens auch in den Raum der Länder Osteuropas hinein.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) und auch die Behörde des BStU wurden in einem breiten zivilgesellschaftlichen Prozess erstritten. Erinnerung sei an die Besetzung in der Berliner Normannenstraße mit Hungerstreiks sowie Demonstrationen, Mahnwachen und Unterschriftensammlungen auf dem gesamten Gebiet der DDR im Sommer 1990, die damals unter dem Motto „Keine Stasi-Akten nach Koblenz“ standen.

Diese Aktionen führten in letzter Minute zur Aufnahme eines diesbezüglichen Passus in den Einigungsvertrag vom 31.08.1990. Damit ist die BStU vermutlich die einzige deutsche Behörde, die ihre Entstehung einem Akt zivilen Ungehorsams verdankt und auch jetzt von Teilen der Zivilgesellschaft verteidigt wird.

Wir sehen durchaus die Notwendigkeit, die Arbeit mit den Stasi-Akten zu verbessern.

Wir fragen uns aber, ob das nicht auch auf anderem Wege, als über die Abschaffung der Behörde insgesamt zu erreichen ist?

Inzwischen gibt es eine große Zahl schriftlicher Einwände gegen die Schließung der Behörde des BStU. Von den Medien erwarten wir umfassende Information über die hier geäußerte Kritik und die verschiedenen Perspektiven zur Zukunft der BStU.

Wir fordern eine breite gesellschaftliche Diskussion, auch in Form von öffentlichen Streitgesprächen, zu denen wir gerne beitragen.

Unsere Bitte an die Mitglieder des Deutschen Bundestages: Lassen Sie sich Zeit!